

16.03.2010

Antrag

des Abgeordneten Rüdiger Sagel, fraktionslos

Die Menschen in Nordrhein-Westfalen wollen keine Bündnisse mit der extremistischen FDP-Fraktion

Der "Spiegel" widmet in seiner Ausgabe vom 18. Februar 2010 den "Extremisten" der FDP einen ganzen Artikel. Denn die marktradikale FDP wird ihrem Ruf als extremistische Klientel-Partei, die sich allein für Reiche und Besserverdienende einsetzt, permanent gerecht.

"Mövenpick" Partei FDP

Die FDP hat von Oktober 2008 bis Oktober 2009 insgesamt 1,1 Millionen Euro an Spenden von der Substantia AG angenommen. Die Firma mit Sitz in Düsseldorf gehört zum Firmenkonglomerat von August Baron von Finck, dessen Familie Haupteigentümerin der Mövenpick-Gruppe ist. Diese betreibt in Deutschland 14 Hotels. Nachdem die FDP 2009 in die Bundesregierung kam, wurden die Mehrwertsteuer für Hotelübernachtungen um 12 Prozent gesenkt.

Volksdiffamierung des FDP-Vorsitzenden Guido Westerwelle gegen sozial Schwache:

Mit dem Vorwurf „spätromischer Dekadenz“ diffamiert der FDP-Vorsitzende Guido Westerwelle rund sieben Millionen Hartz-IV-Leistungsbeziehende – darunter 1,4 Millionen Vollerwerbstätige – und kündigt damit offen die gesellschaftliche Solidarität auf.

Die FDP verletzt das Sozialstaatsprinzip des Grundgesetzes:

Mit ihrer extrem-marktradikalen Politik "Privat vor Staat" verstößt die FDP, wie auch die CDU, gegen das Sozialstaatsprinzip des Grundgesetzes und der nordrhein-westfälischen Landesverfassung. Mit ihrer Forderung nach radikalen Steuersenkungen untergräbt die FDP, angesichts der Finanzmisere der allermeisten Städte gerade auch in NRW, die Handlungsfähigkeit des Staates und schadet der Demokratie.

Datum des Originals: 16.03.2010/Ausgegeben: 16.03.2010

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Die NRW-FDP erlässt verfassungswidrige Gesetze:

Im Februar 2008 erklärte das Bundesverfassungsgericht die maßgeblich von NRW-Innenminister Ingo Wolf (FDP) zu verantwortende Regelung zur Online-Durchsuchung privater Computer für grundgesetzwidrig, weil das NRW-Gesetz das allgemeine Persönlichkeitsrecht verletze.

Im Dezember 2008 erklärte der nordrhein-westfälische Verfassungsgerichtshof die von der FDP in der Landesregierung mitgetragene neue Stimmhürde bei Kommunalwahlen für verfassungswidrig, weil dieses zu einer „Ungleichgewichtung der Wählerstimmen“ geführt habe.

Im Februar 2009 wurde die Zusammenlegung der Kommunal- und Europawahl für verfassungswidrig erklärt. Das sei eine „unzulässige Dehnung“, bis die kommunal Gewählten ihre Mandate antreten könnten, begründeten die Richter ihre Ablehnung.

Die FDP weigert sich beharrlich ihre braune Vergangenheit aufzuarbeiten

Das Ergebnis der Studie *"60 Jahre Landtag Nordrhein-Westfalen - Das vergessene braune Erbe"* von Dr. M.C. Klepsch belegt, dass mehr als 40 Abgeordnete der bürgerlichen Parteien in der NSDAP oder parteinahen Organisationen wie der SS oder der SA waren. Darunter nicht weniger als 8 Fraktionsvorsitzende und zwei spätere Landesminister u.a. Willy Weyer, FDP. Insbesondere in der FDP liegt der Anteil ehemaliger Nazis besonders hoch: So hatte in den Nachkriegsjahren mehr als jeder fünfte FDP-Landtagsabgeordnete eine braune Vergangenheit. Zwischen 1955 und 1975 wurde die FDP-Fraktion von 6 ehemaligen Nazis, darunter 3 SS-Männern als Fraktionsvorsitzende geführt.

Der Landtag beschließt:

Der Landtag fordert alle im Landtag vertretenen Parteien auf, eindeutig zu erklären, dass sie nach der Landtagswahl Regierungsbündnisse mit der extremistischen Partei FDP ausschließen.

Rüdiger Sagel